

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

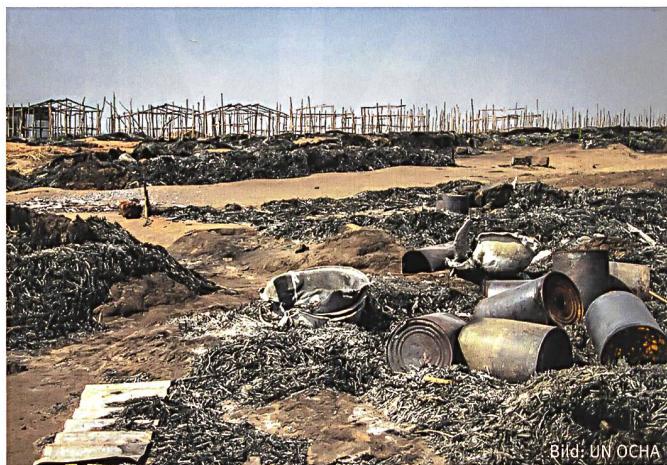
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratische Republik Kongo

Humanitäre Katastrophe verdoppelt

In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) entwickelt sich eine neue humanitäre Katastrophe. Die Gewalt in den östlichen Provinzen hat mitunter eine der grössten Vertriebungen der letzten Monate weltweit ausgelöst. Innert eines Jahres mussten zusätzliche 1,7 Mio. Menschen ihre Dörfer verlassen.

Das Gebiet an den Grenzen zu Uganda, Ruanda und Burundi ist seit Jahrzehnten ein Hort von Gewalt und Unruhen. Neue Bündnisse von Rebellen (ehemals stürmte die berüchtigte M23-Gruppierung die Provinzhauptstadt Goma) bekämpfen eine zusehends demoralisierte Regierungsarmee unter der Leitung des Präsidenten Joseph Kabila. Letzterer weigert sich seit 2016 zurückzutreten und neue Wahlen durchzuführen. Das Problem, Kabila sitzt in der etwa 1500 Kilometer entfernten Hauptstadt Kin-



Von Rebellen niedergebranntes Flüchtlingslager in Kasai.

shasa weit weg vom aktuellen Konflikt. Zu den erwähnten Binnenflüchtlingen kommen mehr als 13 Mio. Menschen hinzu, welche aktuell auf humanitäre Hilfe und Schutz (beispielsweise vor den Rebellen, aber auch den regulären Kräften) angewiesen sind. Das sind etwa doppelt so viele wie noch vor einem Jahr. Zudem sind in der südwestlichen Kasai-Provinz etwa drei Mio. von Hunger bedroht. Dort besteht mit dem neusten, seit

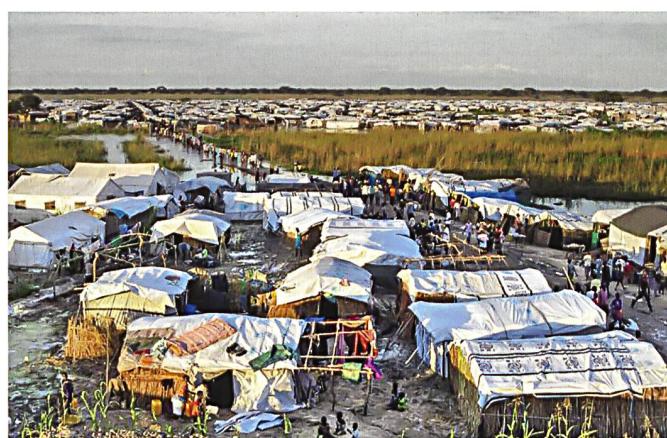
2016 andauernden Kamwina-Nsapu-Aufstand das akute Problem einer weiteren humanitären Katastrophe. Die meisten Dörfer und Felder wurden von den Rebellen (von welchen mehr als die Hälfte unter 14 Jahre als ist) geplündert. Zusammengefasst sind aktuell mehr als 600 000 Kongolese in den benachbarten Ländern als Flüchtlinge registriert. Über vier Mio. Personen befinden sich innerhalb des Landes auf der Flucht und weite-

re 500 000 aus angrenzenden Ländern gelten als Flüchtlinge innerhalb der DRK. Mehr als 8,5 Mio. benötigen humanitäre Hilfe, die Zahl soll bis Ende 2018 auf 13,1 Mio. ansteigen. Insgesamt haben etwa 7,5 Mio. Personen zu wenig zu Essen, eine Zunahme um 30 % allein im letzten Jahr. Demgegenüber stehen die Vereinten Nationen und unzählige nationale und internationale Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen, welche sich den Problemen annehmen. Infolge massivster Unterfinanzierung (das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge erhielt 2017 nur 30 % seines Budgets) findet Hilfe zusehends nur noch punktuell statt. Das gilt auch für die in der DRK stationierte, weltweit grösste UNO-Militärmmission. Die MONUSCO erfährt im Voranschlag für 2017/18 einen Einschnitt von 8 %. Das Budget von 1,14 Mia. USD reicht neu noch für 17000 Soldaten, 1500 Polizisten und 3500 Zivilisten.

Südsudan

Waffenstillstand mit kurzer Dauer

Um Mitternacht des heiligen Abends 2017 trat ein lang erwarteter Waffenstillstand im Südsudan in Kraft. Doch bereits wenige Stunden später lieferten sich Regierungstruppen und Rebellen die ersten Kämpfe um die im ölfreichen Bundesstaat Unity gelegene Stadt Koch. Dennoch, auch im neuen Jahr hielten die Kämpfe an und breiteten sich bis in die Hauptstadt Juba aus. Der Bürgerkrieg, der mittlerweile in sein 5. Jahr geht, forderte bisher mehr als 300 000 Tote und führte dazu, dass beinahe ein Viertel der zwölf Mio. Einwohner des aktuell jüngsten Landes der Erde auf der Flucht ist.



Camp von intern Vertriebenen in Bentiu.

Bild: United Nations

Immerhin, der Weihnachts-Waffenstillstand war ein wichtiger Schritt im von Konflikten geprägten Land. Dieser von der IGAD (Intergovernmental Authority on Development, eine regionale Organi-

sation von Staaten in Nordostafrika) ausgehandelte Deal besteht zwischen Präsident Salva Kiir und mehreren Rebellengruppen. Es scheint aber, dass von allen Beteiligten kein wirkliches Interesse an einer ra-

schen Befriedung des Landes ausgeht.

Der Südsudan ist zersplittert, eine Myriade ethnischer Milizen bekämpft sich mit wechselnden Loyalitäten gegenseitig und/oder die Regierung. Ranghohe Militärs machten sich selbstständig und propagieren teils ethnisch gesäuberte Gebiete im von mehr als 60 verschiedenen Volkgruppen bewohnten Land. Der internationale Gemeinschaft fehlt es an Einfluss und die benachbarten Staaten zeigen sich wenig bemüht, ein breit abgestütztes und nachhaltiges Friedensabkommen zu erwirken. Die Folgen hingegen sind einfach erklärt. Mehr Flüchtlinge in den Nachbarländern, mehr Binnenflüchtlinge im eigenen

Land, mehr Mangel an Nahrung und erneute Hungersnöte. Entsprechend werden beinahe sieben Mio. Menschen weiterhin auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen sein, denn die Sicherheitslage sowie fehlende oder schlechte Infrastruktur lässt kein eigenes Auskommen zu. Bemerkenswert bleibt indes, dass die südsu-

danesische Regierung aktuell sogar den Zugang der humanitären Gemeinschaft zu allen Bedürftigen einschränkt. Dies, indem sie beispielsweise Hilfsgüter besteuert oder Visagabühren verhundertfacht. Auch in verschiedenen von Rebellen kontrollierten Gebieten werden von Mitarbeitern der Hilfswerke teils so genann-

te «Einkommenssteuern» verlangt. Der U.S. Amerikanische Chargé d’Affaires, Michael K. Morrow brachte es in der Neujahrswöche auf den Punkt: «Genug ist genug!». Er meint damit, dass die USA nun «aktiv» einen eigenen Weg einschlagen werden, um gezielt diejenigen Personen zu erreichen oder zu neutralisieren,

welche sich dem Friedensprozess widersetzen. Diese Meldung erfolgte nur wenige Stunden nachdem die südsudanesische Regierung einmal mehr die aktive Beteiligung im eigenen Land durch die Volksrepublik China und insbesondere Chinas Aufbau des südsudanesischen Gesundheitssektors lobte.

Kamerun

Potential für «Flächenbrand»

Etwas mehr als ein Jahr dauerte es von der reinen politischen Agitation gegen den Präsidenten Paul Biya bis hin zur bewaffneten Opposition. Als es im letzten Dezember zu zwei blutigen Bombenanschlägen im Südwesten des Landes kam, also für einmal nicht im von Boko Haram terrorisierten Norden, befahl der Präsident das unzimperliche und brutale Niederschlagen der mit den Anschlägen verbundenen Proteste der englischsprachigen Minderheit im Land gegen seine Regierung. Kameruns Presse zitiert Biya eindeutig und sprach von einer Kriegserklärung des Präsidenten, der verkündete: «Ich denke, der ganze Welt scheint klar zu sein: Kamerun wurde nunmehr zum wiederholten Mal das Opfer einer Horde von Terroristen, welche es für sich herausnimmt, einer Unabhän-

gigkeitsbewegung anzugehören.» Dabei war Separatismus eigentlich nur eine Randidee der englischsprachigen Minderheit. Doch als die Regierung immer härter gegen Demonstrationen vorging, die eine stärkere Vertretung der vernachlässigten Minderheitenregion forderten, gingen die ersten Bomben in die Luft. Mit dem Resultat, dass aktuell Regierungssoldaten getötet werden, Biya den totalen Krieg verspricht und mehrere Tau-

send Personen ins benachbarte Nigeria geflohen sind. Zudem wird das anglophone Kamerun zunehmend radikaliert. Flüchtlinge, welche von mordenden Sicherheitskräften berichten, sprechen von Rache und politische Kommentatoren im Land befürchten, dass die Gelegenheit für Verhandlungen mit den gemäßigten Minderheitsführern, nämlich denjenigen, die bisher lediglich eine Politik des zivilen Ungehorsams und des diploma-

tischen Drucks auf die Regierung in Yaoundé verfolgen, rasch schrumpfen könnte. Dort glaubt man jedoch weiterhin, dass es eine militärische Lösung gegen das so genannte Problem «Ambazonia» geben wird. Ambazonia ist der im letzten Oktober gegründete Staat im Südwesten Kameruns, welcher sich hauptsächlich aus der englischsprachigen Minderheit zusammensetzt. Dort wurden auch, nahe zur nigerianischen Grenze, diverse Ausbildungslager der Separatisten eröffnet, welche nunmehr den bewaffneten Kampf propagieren. Nicht zuletzt auch inspiriert durch die Bestrebungen zur erneuten Sezession Biafras von Nigeria steht ein möglicher Flächenbrand bevor. Für Kameruns Präsidenten Biya könnte deshalb 2018 (er stellt sich nach 35 Jahren an der Macht der Wiederwahl) ein Schicksalsjahr werden.



Ambazonische Streitkräfte erklären den Krieg gegen Kamerun.

China

China stösst nach Syrien vor

Die Seidenstrassen-Initiative («Belt and Road Initiative») Pekings, mit der China seinen wirtschaftlichen Einflussbereich über frühere Sowjetrepubliken bis nach Europa zu stärken versucht, bezieht auch den Nahen Osten als Bindungsmitglied mit ein. Investitionen im

Umfang von 900 Milliarden US-Dollar sind dafür vorgesehen. Das neue Ziel ist Syrien. China stösst somit in geopolitische Lücken.

Allen voran sind chinesische Unternehmen bereit, beim Wiederaufbau des kriegsgebeutelten Landes zu helfen. Im Jahr 2017 haben mehr als 30 Firmen ein Syrien besucht, das in den strategischen Erwägun-

gen Chinas eine wichtige Rolle übernehmen soll. Peking hat bereits zwei Milliarden Dollar für Wiederaufbauprojekte zugesagt.

China scheint entschlossen, bei der Zukunft Syriens eine Führungsrolle zu übernehmen. Peking pflegt bereits enge Beziehungen mit Syriens Präsident Baschar al-Assad und sieht jetzt eine grosse Chance kom-

men, da der Krieg gegen den Islamischen Staat beendet wird.

Neben Russland und dem Iran hat auch China während des Krieges Damaskus substantielle Unterstützung gewährt. Nach fast sieben Jahren Krieg liegen weite Teile des Landes und die Wirtschaft in Trümmern. Das staatliche chinesische Webportal china.org.cn schätzt die kriegsverursachten

Zerstörungen und Verluste auf rund 226 Milliarden Dollar. Noch im Jahr 2010 wies Syrien laut der Weltbank eine viermal höhere Wirtschaftsleistung auf als heute.

Die bei den Friedensgesprächen Ende 2017 im kasachischen Astana beschlossenen Sicherheitszonen haben es der Regierung Assads ermöglicht, die Kontrolle über weite Teile des Landes wiederzuerlangen,

einschliesslich der Gebiete mit strategischen Öl- und Gasfeldern.

Mit strategischen Investitionen in Syrien dürfte China auch Zugang zu den syrischen Mittelmeerhäfen Latakia und Tartus erhalten, was im grössten Zusammenhang ganz neue Perspektiven für Chinas anvisierten neuen Handelskorridor zwischen Ost und West eröffnet.



Der chinesische Aussenminister Wang Yi und der syrische stellvertretende Premierminister und Aussenminister Walid al-Moallem im Gespräch.

Bild: Xinhua

USA

Die grösste Armee der Welt

Die USA wollen 2018 erstmals seit den vergangenen sieben Jahren die Zahl der Armeeangehörigen steigern, wie US-Präsident Donald Trump bei der Unterzeichnung des Verteidigungsbudgets mitteilte. Das Budget für das Jahr 2018 sieht 692 Milliarden US-Dollar für die Verteidigung vor. Dabei sollen ausdrücklich 4,6 Milliarden ausgegeben werden, um Moskau «einzudämmen» und der «russischen Aggression» in Europa entgegenzuwirken.

Präsident Trump ist angekommen, die US-Streitkräfte zu verstärken, denn der teure Irakkrieg unter George W. Bush und Sparmassnahmen unter Barack Obama haben die Schlagkraft des Militärs herabgesetzt. Die USA geben zwar immer noch rund 600 Milliarden Dollar jährlich für ihre Streitkräfte aus. Doch die

US Navy hat so wenige Schiffe wie seit langem nicht mehr, und die Flugzeuge der US Air Force sind betagt und nur beschränkt einsatzfähig.

Trump möchte sowohl Amerikas Nuklearwaffen erneuern, als auch die Zahl der Kriegsschiffe von gegenwärtig 308 auf 350 erhöhen. Das hat insbesondere mit China zu tun. Beobachter vermuten nämlich, dass China die amerikanische Vorherrschaft über die Weltmeere bald im weiten Pazifik und im Indischen Ozean herausfordern wird.

Seit den Nullerjahren arbeitet Peking energisch daran, die Meere in ihrer weiteren Umgebung militärisch zu kontrollieren. Im Südchinesischen Meer baut die kommunistische Regierung künstliche Inseln und bestückt sie mit Landebahnen und Artilleriestellungen. Chinas technisch hochstehende Lenkwaffen sind dazu gedacht, US-Flugzeugträger ausser Gefecht zu setzen.

USA

Cyber-Soldaten – die USA meinen es ernst

«Cyber-Soldaten» der US-Armee sollen nicht nur aus gesicherten Stellungen heraus operieren, sondern auch direkt im Schlachtfeld tätig werden. Über entsprechende Pläne haben Offiziere der US-Streitkräfte jüngst gesprochen, wie Al Jazeera berichtet. «Auf totalen Krieg vorbereiten», lautet die Devise, «nicht auf begrenzten Krieg.»

Die elektronische Kriegsführung unmittelbar vor Ort verfolgt mehrere Ziele. Dazu gehören die Verteidigung der eigenen Kommunikation und Einrichtungen, Überwachung und (Zer)Störung jener des Gegners, und das Verändern von Kommunikationsinhalten des Gegners. Letzteres kann

Verwirrung stiften oder feindliche Kämpfer sogar in einen Hinterhalt locken. Elektronische Kampfeinsätze hätten die USA bereits im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) im Schlachtfeld durchgeführt, hieß es in dem Bericht.

Seit knapp drei Jahren führt das US Cyber Command entsprechende Übungen durch, seit einem halben Jahr werden IT-Soldaten in Infanterie-Einheiten eingegliedert. Dafür brauchen die Streitkräfte natürlich auch mehr Personal. Bereits 2015 haben sie sich das Ziel gesetzt, für den «Cyberwar» von damals 3000 auf 8000 Mann im Jahr 2018 aufzurüsten.

Die elektronische Kriegsführung direkt im Schlachtfeld birgt eine Reihe von Herausforderungen: Die Ausrüstung muss sehr mobil sein,

mithin möglichst klein und leicht. Stromversorgung und Nachschub müssen gewährleistet sein. Die Infanteristen müssen lernen, welche neuen Möglichkeiten sich ihnen eröffnen. Und die Cyber-Soldaten müssen die spezielle Sprache und Kommunikationskultur der Frontsoldaten erlernen.

Noch im August 2017 hat US-Präsident Donald Trump seinem Cyber Command eine wichtigere Position verliehen, so dass es seither direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Kommendes Jahr könnte das Cyber-Kommando vom Geheimdienst NSA abgenabelt werden.



Bild: Sgt. Stephanie A. Hargett, Army Cyber

US Cyber-Kommando, Übungseinsatzzentrale.

Jemen

Katastrophe Situation

Der Ausdruck «Schlimmste humanitäre Krise der Welt» führt mitunter zu Überdruss, da schon zu oft verwendet. Im Jemen trifft er wohl zu. Nach drei Jahren Krieg im Land mit mehr als 29 Mio. Einwohnern bedeutet dies: 8,4 Mio. Menschen stehen kurz vor dem Hungertod, 400 000 Kinder leiden an akuter Unterernährung und über 5500 Zivilisten wurden getötet. Wenn es auch schon länger bekannt ist, aktuell beschränkt, respektive blockiert die saudi-arabische Kriegskoalition die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Treibstoff und provoziert damit bewusste Preisanstiege bei Alltagsgütern, welche mittlerweile für den Grossteil der Bevölkerung Jemens nicht mehr erschwing-



Zerstörter Strassenzug in Taiz.

lich sind. Eine Choleraepidemie raffte 2017 über 2200 Menschen dahin und infizierte mehr als eine Million Jemeniten (aktuell und infolge der tiefen Temperaturen in der auf über 2000 Meter gelegenen Hauptstadt Sanaa ist die Ausbreitung aber gebremst). Eine Diphtherie-Epidemie steht

jedoch bevor. Der ehemalige, pro-saudische Präsident Saleh wurde kürzlich von Rebellen getötet. Aus Riad werden derweil täglich Angriffe auf Ziele im Jemen geflogen. Das saudische Königshaus ist bestrebt, seinen südlichen Nachbarn weiterhin (als langjähriger Vasallenstaat) unter Kon-

trolle zu behalten und geht deshalb gegen die vom Iran unterstützten Houti-Rebeln mehrheitlich im Norden des Landes vor. Der Süden wird von den Vereinigten Arabischen Emiraten besetzt, welche ebenfalls gegen den Norden kämpfen. Alles in allem sehr unübersichtlich.

Westliche Länder sehen dabei stillschweigend zu, oder – wenn überhaupt – limitieren Exporte für gewisses Kriegsmaterial in die Region. Sollte sich die Situation nicht verbessern, muss mit einer der schlimmsten humanitären Katastrophen der letzten 50 Jahre gerechnet werden.

Globaler Militarisierungsindex 2017

Fortschreitende Militarisierung der Welt

Das Bonner «International Center for Conversion (BICC)» misst jedes Jahr, wie stark die Militarisierung der Welt ist. Die Ergebnisse für 2017 sind ernüchternd: Während die ganze Welt aufrüstet, wird Europa de-militarisiert.

Der Zusammenhang zwischen Erdölpreisverfall und Militarisierungsgrad wird 2017 vor allem in Mittel- und Südamerika sowie im Nahen und Mittleren Osten deutlich. Der Globale Militarisierungsindex (GMI) 2017 untersucht nicht nur solche und andere regionale Trends, sondern setzt seine Daten erstmals mit dem Government Defence Anti-Corruption Index von Transparency International ins Verhältnis.

Die zehn Länder, die an der Spitze des Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2017 stehen, sind Israel, Singapur, Armenien, Russland, Südkorea, Kuwait, Jordanien, Zypern, Griechenland und Brunei. Diese Staaten stellen dem Militär, im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, besonders viele Ressourcen zur Verfügung.

Obwohl Israel an absoluten Militärausbgaben mit knapp 18 Milliarden US-Dollar zwar deutlich weniger aufwendet als etwa Russland (69,2 Milliarden US-Dollar) oder Südkorea (36,8 Milliarden US-Dollar), rangiert es beim GMI abermals auf Platz 1. So liegt es im Verhältnis der schweren Waffen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weit vorn. Auch das israelische Wehrpflichtsystem führt zu einer sehr hohen Zahl des militärischen Personals im Ver-

hältnis zur Gesamtbevölkerung.

Die USA 2016 gaben mit über 611 Milliarden US-Dollar mit grossem Abstand weltweit das meiste Geld für ihr Militär aus. Die Militärausbagen der USA stiegen zum ersten Mal seit 2009 wieder. Nach Kuba (Platz 27) ist es mit Platz 31 das höchst militarisierte Land der Region.

Während die Staaten Mittelamerikas und der Karibik mit Ausnahme Kubas einen relativ niedrigen Militarisierungsgrad aufweisen, liegen die südamerikanischen Staaten eher im oberen Mittelfeld. Im Gegensatz zu den USA sind die Militärausbagen zwischen 2015 und 2016 sowohl in Südamerika (um 7,7 Prozent) als auch in Mittelamerika und der Karibik (um 9,1 Prozent) zurückgegangen. Für die erdölexportierenden Staaten – Venezuela (Platz 100),

Ecuador (Platz 58), Peru (Platz 46) und Mexiko (Platz 123) – wirkte sich insbesondere der Verfall des Ölpreises reduzierend auf die zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel aus.

Alle Staaten des Nahen Ostens mit Ausnahme des Irak sind unter den 30 am stärksten militarisierten Ländern zu finden. In Saudi-Arabien sanken die Militärausbagen zwischen 2015 und 2016 um 30 Prozent, nachdem sie zuvor seit 2002 gestiegen waren. Während die Militärausbagen in Irak, Bahrain, Ägypten und Oman abnahmen, steigerten sie sich in Kuwait um 16 Prozent und im Iran, dessen ökonomische Situation sich durch die Aufhebung der internationalen Sanktionen verbesserte, um 17 Prozent.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*